
Gerhard Kroll (1910–1963)

Landrat, Bayern

Rudolf Uertz



Wegen der Teilung Deutschlands sollte das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland nur eine vorläufige Verfassung sein. Anders als seine Kollegen im Parlamentarischen Rat wollte Gerhard Kroll das Grundgesetz jedoch nicht erst nach der Erlangung der deutschen Einheit, sondern schon nach der Rückgewinnung der „deutschen Freiheit“, also der staatlichen Souve-

ränität der Bundesrepublik, einer umfassenden Revision unterziehen.

Gerhard Kroll wurde am 20. August 1910 in Breslau geboren (er starb am 10. November 1963). Nach dem Abitur belegte er von 1929 bis 1934 in seiner Heimatstadt sowie in Wien und Berlin die Fächer Staatswissenschaften und Volkswirtschaft. Das Studium schloss er an der Berliner Universität mit der Promotion zum Dr. rer. pol. ab. Seine Dissertation, die 1935 unter dem Titel „Abweichende Preisbildung in der Geldwirtschaft gegenüber der Tauschwirtschaft“ erschien, qualifizierte ihn für den Eintritt in das Institut für Konjunkturforschung Berlin und ein Volontariat bei der Firma Siemens & Halske. Bis 1933 gehörte er der SPD an. Die Schreckensherrschaft des Dritten Reiches

und ein Zusatzstudium der Philosophie und Religionswissenschaft 1936 bis 1938 führten den Schlesier zu einem „aktiven Katholizismus“ (A. R. L. Gurland), der von einer in privaten Kreisen und Zirkeln durchgeführten weltanschaulichen Gegenpropaganda gegen den Nationalsozialismus begleitet war. Nach seiner Anstellung als Statistiker bei verschiedenen Wirtschaftsgruppierungen ab 1938 war er von 1943 bis 1945 Soldat.

Die Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Unrechtsregime und seine Kriegserlebnisse verarbeitete Gerhard Kroll in der 1946 publizierte Schrift „Vom verborgenen Gott“. In ihr sucht er eine theologisch-philosophische Antwort auf die Frage nach den Ursachen von Krieg, Völkermord und Vernichtung, wobei er als Hauptursache die „neuzeitliche Gottlosigkeit“ und die radikale „Diesseitigkeit“ des Menschen anführt. Diese Abirrungen könnten nur durch eine gründliche Neubesinnung auf die „Antwort der Offenbarung“ überwunden werden. In Bamberg, wohin es Kroll nach Flucht und Vertreibung verschlagen hatte, gehörte er neben Domkapitular Georg Meixner zu den führenden Mitbegründern der CSU. Er gewann sogleich 400 Männer und Frauen als Mitglieder der neuen Partei. Mit Adam Stegerwald in Würzburg und Friedrich Holzapfel in Westfalen stand er in Verbindung; außerdem unterhielt er Kontakte zur Deutschen bzw. Fuldaer Bischofskonferenz, der gegenüber er im August 1945 für die Schaffung einer christlichen Partei plädierte, die eine Vertretung aller Christen in Deutschland sein sollte. Von 1946 bis 1947 war Kroll Vorsitzender des Bezirksverbands Oberfranken der CSU, von 1946 bis 1948 war er Landrat von Staffelstein. Doch angesichts einer Vielzahl von Ämtern und Aufgaben in der Partei und in politischen Gremien galt der Tätigkeit in Staffelstein nicht sein Hauptinteresse. Kroll, der als guter Redner galt, widmete sich zwischen 1945 und 1955 besonders der Programmatik der CSU und der Konzeption ei-

ner von der christlichen Staats- und Soziallehre geprägten Staats- und Gesellschaftsordnung.

Bereits im Herbst 1945 veröffentlichte er – zunächst als Manuskriptdruck – die Schrift „Christliche Union! Bamberger Denkschrift zur Schaffung einer politischen Einheitsfront aller Christen Deutschlands“. Sie ist mit das bedeutendste programmatische Dokument der CSU in der Gründungsphase. Das Manifest nahm Einfluss auf weitere CSU-Gründerkreise und die Entwicklung der Volkspartei, die äußerst komplizierte Strukturen aufwies. Denn die bayerische Union repräsentierte neben dem ländlich-katholischen Milieu Teile der früheren Bayerischen Volkspartei; ferner umfasste sie große Teile der Wählerschaft der Bayerischen Mittelpartei, die in der Weimarer Republik der bayerische Ableger der DNVP war, ferner Teile des Bayerischen Bauernbundes sowie Teile des städtischen liberalen Bürgertums, das vor allem in den fränkischen Kreisen einen hohen protestantischen Anteil aufwies. Das korporativ-ständische Denken prägte die frühe CSU in breiten Teilen ihrer Wählerschaft.

Grundlage für den staatlichen Neuaufbau, die Wiederherstellung des Rechtsstaats und der Ordnung der Wirtschaft sollten die Ethik und Kultur des Christentums sein. Kroll sah die neue Partei als Widersacher gegen den geistigen Materialismus und Nihilismus, in denen er ebenso wie in deren Spielarten Empirismus, Positivismus, Marxismus und Darwinismus die „Wegbahner des Nationalsozialismus“ diagnostizierte. In der Leugnung Gottes durch die NS-Ideologie sah die Bamberger Denkschrift zugleich den entschiedenen Angriff auf das verantwortliche Gewissen. Die Christen hätten nicht nur die „ungeheuere Aufgabe“, künftig Diktaturen jedweder Richtung zu verhindern, sondern überdies auch den Nährboden zu bekämpfen, „aus dem die Kräfte der Zerstörung aufsteigen“ und Gottlosigkeit und Gewissenlosigkeit resultierten.

Die Christen in der neuen Partei sollten sich als die „echten Hüter abendländischer Traditionen“ verstehen und die kostbarsten Güter des Abendlandes, nämlich die Freiheit des Geistes, die Entfaltung der schöpferischen Persönlichkeit sowie des christlichen Gewissens- und Verantwortungsgedankens verfechten. Dabei redete das Manifest keineswegs einer „Verchristlichung“ des Staates oder einem „christlichen Staat“ das Wort. Der Staat wird vielmehr ausdrücklich als „ein weltlich Ding“ verstanden. Katholiken und Protestanten hätten in ethischer und kultureller Hinsicht einen ungeheuren gemeinsamen Fundus. Von daher sei es möglich, gemeinsam die bevorstehenden Aufgaben anzugreifen, ohne dass dabei „die wirklich trennenden dogmatischen Unterschiede“ ins Gewicht fallen müssten. Die Bamberger Denkschrift zeigt viele Gemeinsamkeiten mit den programmatischen Entwürfen anderer Gründerkreise der Union in Deutschland.

Im Jahre 1946 wurde Kroll als Abgeordneter der Stimmkreise Coburg-Stadt-Land und Staffelstein in den Bayerischen Landtag gewählt, dem er bis 1950 angehörte. 1948 wurde er vom Landtag in den Parlamentarischen Rat entsandt. Seine Mitarbeit in der Verfassunggebenden Versammlung in Bonn konzentrierte sich besonders auf Fragen des Finanzwesens und auf die Wahlgesetzgebung. Vor allem dem letzteren Themenkreis widmete sich Kroll mit besonderem Engagement. Er sah die Wahlrechtsfrage „nicht als eine bloß technisch-formale Angelegenheit“ an, sondern als eine Grundfrage des neuen Staatswesens Bundesrepublik, näherhin des Verhältnisses des Volkes zur Politik und seiner Repräsentanz. Wir besitzen, so formulierte Kroll in der siebten Sitzung im Oktober 1948 seine Vorstellungen, „zwei völlig voneinander abweichende Systeme demokratischen Stils und demokratischen Lebens“: das „*angelsächsische System der Demokratie* mit dem eingespielten *Zweiparteiensystem*, das zwar auch mehr Parteien kennt, aber

doch immer wieder um zwei große Gruppen herum tendiert, wobei es nicht ausgeschlossen ist, daß eine Partei völlig verdrängt wird ... Auf der anderen Seite erleben wir *demokratische Versuche* in Deutschland, auf dem ganzen europäischen Kontinent ... Die Demokratie ist schwächlich, die Demokratie ist in sich kraftlos. Die Meinungen sind zersplittert, eine Unzahl von Parteien ist vorhanden, die sich manchmal einigen, vielleicht um so rascher, je größer die äußere Not und der Druck sind und die um so rascher wieder auseinanderfallen, wenn diese Dinge nicht mehr auf sie einwirken, mit anderen Worten eine Demokratie, die so ist, wie man sie lieber nicht sehen möchte.“

Kroll hatte unverkennbar noch das Scheitern der Weimarer Demokratie mit ihrer Parteienzersplitterung und der ständigen Neuauflage von Regierungskoalitionen im Sinn, die nicht in der Lage gewesen sind, Homogenität und Konsens zu erzeugen, so dass sich das Präsidiale Regierungssystem schließlich nur noch auf Notverordnungen stützen konnte. Gegen ein solches Manko sah Kroll nur das englische Zweiparteiensystem und Mehrheitswahlrecht gefeit: „Die eine Partei geht in der Regel als Sieger aus dem Wahlkampf hervor. Wenn nur zwei da sind, ist es anders technisch kaum möglich. Sie übernimmt die volle Verantwortung in der Regierung und ist fähig, für vier Jahre oder für die Dauer des Wahlturnus die Regierung zu stellen und damit Gesetze zu machen und eine starke Regierung wirklich zu ermöglichen. Nur die aktive, starke Demokratie ist wirklich lebensfähig.“ Sein grundsätzliches Plädoyer zugunsten einer starken, wehrhaften Demokratie wurde auch von den anderen Abgeordneten geteilt, doch verwies etwa Carlo Schmid (SPD) in seiner Gegenrede darauf hin, dass es in beiden Wahlsystemen gute und schlechte Regierungen sowie „politische Schief lagen“ geben könne und stellte angesichts der derzeitigen instabilen Lage Deutschlands fest: „alles ist im Fluß, der Staat ist ohne Armatur

und das gesellschaftliche Leben in einer Verwirrung ohnegleichen“. Bei einem Mehrheitswahlrecht entstünde „ein parlamentarischer Kampf“, der auch die sozialen Konflikte eher verschärfen als befrieden würde.

Mit dem Ende der Arbeit des Parlamentarischen Rates 1949 wurde Kroll auf Vorschlag seines Fraktionskollegen, des bayerischen Staatsministers Anton Pfeiffer, zum Geschäftsführer des Instituts zur Erforschung des Nationalsozialismus in München bestellt, des späteren Instituts für Zeitgeschichte, doch blieb diese Berufung ein Intermezzo. Wohl wurden Kroll nicht zuletzt aufgrund seiner politischen Verbindungen und reichen wissenschaftlichen und organisatorischen Erfahrungen in dieser Funktion „große Dienste“ bescheinigt; doch war er kein „gestandene(r) Historiker“, was schließlich – nach heftigen Interventionen des Historikers Gerhard Ritter – 1951 zur Beendigung seiner Institutstätigkeit führte (Horst Möller).

Offenbar sah Kroll den Zeitpunkt gekommen, seine schon 1948 zu Protokoll gegebene Absicht einer vorzeitigen Grundgesetzrevision jetzt in die Tat umzusetzen. Gute Gelegenheit sollte ihm hierzu die Übernahme der Herausgeberschaft des „Neuen Abendlands“ bieten. Die 1946 gegründete Zeitschrift reklamierte für sich, die authentische Interpretation des „christlichen Abendlandgedankens“ zu vertreten. Auf hohem intellektuellem Niveau publizierte die Zeitschrift Autoren aus den Bereichen Literatur, Kunst, Geschichte, Gesellschaft und Kultur, wobei durchaus auch Vertreter des liberalen Spektrums vertreten waren. In staatlich-politischer Hinsicht jedoch vertrat die Zeitschrift von Anfang an betont traditionalistische Ideen. Mit Kroll intensivierte sich dieser Kurs. Im August 1951 war er Mitbegründer der „Abendländischen Aktion“, deren gesellschaftlich-politische Zielsetzung Kroll in dem 150-seitigen „Manifest der Abendländischen Aktion“ niederlegte. Dem „christlichen Abendlandgedanken“ sollte durch „kämpferischen“

Geist nunmehr „größere Wirksamkeit“ in der Öffentlichkeit verliehen werden. Kroll kritisierte die gerade geschaffene Bonner Demokratie als „Formaldemokratie“, die zwar die „*persönliche Freiheit*“ fördere, jedoch jegliche „inhaltliche Bestimmung“ vermissen lasse und – repräsentiert und multipliziert durch eine Vielzahl von Parteien – eine „verwirrende Fülle verschiedenster Meinungen“ offenbare, die das junge Staatswesen Bundesrepublik gefährdeten. Denn „diese extrem freiheitliche Staatsform“ werde dazu „mißbraucht, ... staatsfeindlichen Gruppen ein Forum für die politische Zersetzung abzugeben“.

Im Parlamentarischen Rat hatte es Kroll noch bei allgemeinen wahlrechtlichen und -taktischen Bedenken gegenüber der „Formdemokratie“ belassen. In seinem Manifest aber fuhr er schwerere Geschütze auf. Die Formdemokratie von 1918, die 1933 unter dem Druck bolschewistischer und nationalsozialistischer Extremisten gescheitert sei, müsse unbedingt durch eine „organische Ordnung“ ersetzt werden. Bei seiner staatspolitischen Kritik, die nicht direkt auf die junge bundesrepublikanische Ordnung zielte, sondern vielmehr die „Demokratie des Westens“ von ihrem staatsphilosophischen Grunddilemma her zu attackieren versuchte, stützte sich Kroll auf die „gemischte Ordnung“ im Sinne der „besten Verfassung“, wie sie die aristotelische und thomistisch-scholastische Tradition beinhalteten. Angereichert mit historischen Interpretationen monarchischer und ständischer Ordnungsideen und einer „Theologie des Reichsgedankens“ beanspruchte Krolls Manifest, den authentischen Begriff des „christlichen Abendlandes“ zu vertreten, der nach damaliger Diktion als Synonym für Europa galt; dabei stützte er sich vor allem auf die naturrechtlich fundierte Staatsdoktrin Papst Leos XIII. (1878–1903) und die päpstlichen Sozialenzykliken, näherhin die Berufsständische Ordnungsidee in *Quadragesimo anno* (1931). Bemerkenswert ist, dass sich Kroll, der sozialpolitisch durchaus

auch reformerische Vorstellungen vertrat, mit seinen politischen Ordnungsideen entschieden gegen die Position der christlich-demokratischen Verfassungstheorie stellte, wie sie zum Beispiel Adolf Susterhenn (CDU) im Parlamentarischen Rat vertrat, für den Christliche Demokratie, Menschenwürde und Menschenrechte Synonyme waren.

Zur Verstärkung ihrer Resonanz war von den „Abendländern“ die „Abendländische Akademie“ gegründet worden, die seit 1952 in der Fürstbischöflichen Residenz der bayerischen Bischofsstadt Eichstätt ihre Jahrestagungen abhielt. Zweifellos haben die Eichstätter Akademietagungen, die Wissenschaftlern, Geistlichen, Politikern, darunter auch Mitgliedern der Bundesregierung wie Heinrich von Brentano und Hans-Joachim von Merkatz, ferner Bundesrichtern, Rechtswissenschaftlern, Historikern, Publizisten sowie Bundes- und Landtagsabgeordneten aus CDU, CSU, FDP und Deutscher Partei ein internationales und interkonfessionelles Forum geboten haben, Gerhard Krolls revisionistische Ordnungsideen einem größeren Publikum bekannt gemacht, wenngleich seine Ideen in diesem Kreis auch auf nachdrücklichen Widerstand stießen.

Nachdem im August 1955 der „SPIEGEL“ Auszüge aus Gerhard Krolls „Abendländischem Manifest“ abgedruckt hatte und dieses als „verfassungsfeindlich“ deklarierte, distanzierte sich die Abendländische Akademie von Gerhard Krolls staatspolitischem Konzept. Kroll widmete sich in der Folgezeit wieder der Konjunkturforschung. Die Zeitschrift „Neues Abendland“ stellte 1958 ihr Erscheinen ein. Die Akademie führte nach mehrjähriger Unterbrechung ihre Jahrestagungen erst Anfang der 1960er Jahre wieder fort – in veränderter personeller Besetzung und mit wesentlich verbreitertem Themenspektrum. Offenbar war das traditionalistische und konservative Umfeld in der Bundesrepublik seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre beträchtlich abgeschmolzen.

Aber die Causa Kroll sollte noch eine Nachgeschichte haben. Die Mischung aus Konservatismus, Antiparlamentarismus, Ständeordnung und Reichsidee im „Abendländischen Manifest“ verführte später Historiker und Politologen, Krolls Konzept als Beleg für den vermeintlich restaurativen Charakter der frühen Bundesrepublik und der Unionsregierung unter Konrad Adenauer heranzuziehen. Diese Schlussfolgerung sollte nicht zuletzt den bekannten Restaurationsvorwurf stützen, den Walter Dirks in den „Frankfurter Heften“ (1950), dem wichtigsten publizistischen Antipoden zum „Neuen Abendland“, erhoben hatte. Aber obwohl die Eichstätter Akademietagungen der „Abendländischen Aktion“, die prominente Teilnehmer des politischen und öffentlichen Lebens in ihren Reihen hatte, Gerhard Kroll ein Forum boten, blieb sein revisionistisches Manifest doch das Konzept eines Außenseiters.

Lit.: Abweichende Preisbildung in der Geldwirtschaft gegenüber der Tauschwirtschaft, Berlin 1935; Bamberger Denkschrift zur Schaffung einer politischen Einheitsfront aller Christen Deutschlands: Christlich-Soziale Union, Bamberg 1945; Vom verborgenen Gott. Ein Essay, Nürnberg 1946; Was ist der Staat? München 1950; Grundlagen abendländischer Erneuerung. Das Manifest der Abendländischen Aktion, Sonderheft Neues Abendland, München 1951; Eigentumsbildung, Gewinnbeteiligung, Konjunkturstabilisierung, in: Eigentum in Arbeiterhand, München 1954, S. 15–112; Die Ordnung der Konjunktur, Nürnberg 1956; Von der Weltwirtschaftskrise zur Staatskonjunktur, Berlin 1958. – Peter ZEITLER: Gerhard Kroll (1910–1963). Landrat mit Ambitionen und mangelnder Fortüne, in: Staffelsteiner Lebensbilder. Zur 1200-Jahr-Feier der Stadt Staffelstein, hrsg. von Günter DIPPOLD und Alfred MEIXNER, Staffelstein 2000; Rudolf UERTZ: Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Die Abendländische Akademie in Eichstätt (1952–1956), in: HPM 8 (2001), S. 45–71.

Nachlass: Archiv für Christlich-Soziale Politik; Archiv für Christlich-Demokratische Politik